

LEONBERGER KREISZEITUNG

Nr. 251 | 44. Woche | 76. Jahrgang | E 4504 A

Donnerstag, 29. Oktober 2020

2,20 €

Wirecard: Söder und Scholz unter Druck

Der FDP-Obmann im Wirecard-Untersuchungsausschuss, Florian Toncar, hat hohe Erwartungen an die Aufklärungsarbeit im Betrugsskandal. „Ich gehe davon aus, dass der Ausschuss erhebliche Versäumnisse und Fehleinschätzungen bei der Finanzaufsicht und auch bei den Ermittlern in Bayern zutage fördern wird“, sagte der Böblinger Bundestagsabgeordnete vor der ersten regulären Sitzung an diesem Donnerstag. Er sieht eine weitreichende politische Bedeutung: „Sowohl für den SPD-Kanzlerkandidaten Scholz als auch für CSU-Chef Söder steht in den nächsten Monaten eine Menge auf dem Spiel.“ *ms* – Kriminelle Geschäfte im Schattenreich **SEITE 9**

Trumps Website kurzzeitig gehackt

Die Website der Wahlkampagne von US-Präsident Donald Trump ist am Dienstag kurzzeitig gehackt worden. Auf der Website Donaldjtrump.com erschien vorübergehend die Nachricht: „Diese Seite wurde beschlagnahmt.“ Die Welt habe „genug von den Fake-News, die täglich von Präsident Donald Trump verbreitet werden“. In den USA zeichnet sich eine rekordverdächtige Wahlbeteiligung bei der Präsidentschaftswahl am 3. November ab. Über 70 Millionen Wähler haben ihre Stimme abgegeben. Das entspricht mehr als der Hälfte der Wahlbeteiligung in 2016. *dpa* – Hacker im US-Wahlkampf **SEITE 8**

Landes-CDU droht

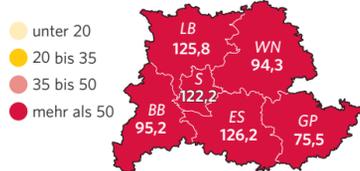
Nach der Verschiebung des Parteitags zur Wahl eines neuen Vorsitzenden droht der CDU Streit. Mehrere CDU-Landesverbände, darunter Baden-Württemberg, wollen die Parteiführung zwingen, den Bundesparteitag für Januar einzuberufen. **SEITE 6**

Briefwahl in Stuttgart

Die Einschränkungen durch Corona haben auch Auswirkungen auf den ersten und einen wahrscheinlichen zweiten Wahlgang der Stuttgarter OB-Wahl. Klar ist: Es wird wesentlich mehr Briefwähler geben als vor acht Jahren. **SEITE 17**

VERBREITUNG DER INFEKTION

Neuinfizierte (7 Tage) in der Region je 100 000 Einwohner



Neuinfektionen (mittlerer Tageswert 21.-27.10. verglichen mit der Woche davor)

11925 (+64%) **1579** (+83%)

Verstorbene (mittlerer Tageswert 21.-27.10.)

44 (+58%) **6** (+5%)

Grafik: Locke Quelle: RKI, LGA Stuttgart, Stand 28.10., 18 Uhr

Wetter SEITE 16



Börse SEITEN 12, 13

● Dax 11560,51 Punkte (- 4,17 %)
 ● Dow Jones 26519,95 Punkte (- 3,43 %)
 ● Euro 1,1727 Dollar (Vortag: 1,1832)

Ausführliches Inhaltsverzeichnis SEITE 2



Kanzlerin Angela Merkel hat für strikte Regeln gekämpft..

Foto: AFP/John MacDougall

Öffentliches Leben stark begrenzt

Bundesregierung und Länder einigen sich auf ein weitreichendes Anti-Corona-Paket. Ärzte protestieren dagegen. *Von Norbert Walleit*

Angesichts dramatisch steigender Corona-Fallzahlen hat sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Mittwoch mit den Ministerpräsidenten der Bundesländer auf ein Bündel drastischer Maßnahmen geeinigt. Mit einem Herunterfahren des öffentlichen Lebens soll die Infektionskette des Virus unterbrochen werden. Ziel ist es, die Kontakte um 75 Prozent zu reduzieren.

Der Aufenthalt in der Öffentlichkeit ist von Montag an nur noch mit den Angehörigen des eigenen und denen eines zweiten Hausstands erlaubt, maximal aber in einer Gruppe von zehn Personen. Feiern, Großgruppen darf es weder öffentlich noch privat geben. Die Bürger werden aufgefordert, auf alle privaten Reisen zu verzichten. Gastronomiebetriebe aller Art dürfen nicht mehr öffnen. Abholung und Lieferung von Speisen bleibt aber erlaubt. Theater, Opern- und Konzerthäuser sowie Kinos müssen ebenfalls den Betrieb einstellen. Auch der Amateur- und Freizeitsportbetrieb soll ruhen. Profisport soll nur noch ohne Zuschauer stattfinden. Betriebe, Selbstständige, Vereine und Einrichtungen sollen in Höhe von bis zu 75 Prozent des Umsatzes des Vorjahresmonats entschädigt werden. Kitas und Schulen bleiben offen. Auch der Einzelhandel soll grundsätzlich geöffnet bleiben.

Alle Maßnahmen gelten zunächst bis Ende November. Kanzlerin Merkel sprach von einer „ernsten Lage“. Gehe das Wachstum der Fallzahlen so weiter, „kommen wir binnen Wochen an die Leistungsgrenze unseres Gesundheitssystems“. Daher sei „vollkommen klar“, dass gehandelt

werden müsse, „und zwar jetzt“. Es müsse alles getan werden, um eine „nationale Gesundheitsnotlage zu vermeiden“.

Fast gleichlautend und direkt an die Bürger gewandt rief Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann die Bevölkerung dazu auf: „Lassen Sie uns diese nationale Gesundheitsnotlage abwehren und die Infektionswelle gemeinsam brechen.“ Bei den Bereichen, die offen gehalten werden sollen, „konzentrieren wir uns auf Kernbereiche des gesellschaftlichen Lebens“, so der Regierungschef. „Das geht leider nicht ohne Härten – aber in einer solch Situation muss das Gesamtinteresse vorne dran stehen.“ Kretschmann nannte das Paket eine „gewaltige kollektive Kraftanstrengung von Bund und Ländern“. Es sei „gut, dass wir jetzt schnell, klar und einheitlich handeln“. Dies bringe Transparenz und „schafft, so hoffe ich, Vertrauen in die Maßnahmen“.

Ärzte und Wissenschaftler sprachen sich gegen ein breites Herunterfahren des Alltagslebens aus. „Eine pauschale Lockdown-Regelung ist weder zielführend noch umsetzbar“, sagte der Chef der Kasernenärztlichen Bundesvereinigung, Andreas Gassen. Man könne nicht das Land „Wochen und Monate in eine Art künstliches Koma“ versetzen.

- „Lockdown light“ trifft manche hart **SEITE 2**
- Trotz Kritik – die Kanzlerin macht dicht **SEITE 3**
- Schulen im Corona-Modus **SEITE 4**
- Handwerk fordert schnelle Hilfe **SEITE 11**
- Gastronomen protestieren **SEITE 15**
- Geisterspiele bei den Profis **SEITE 28**



Harter Boden der Realität

Digitalisierung in Schulen stockt

Eine Mehrheit der Eltern hat den Eindruck, dass sich die Ausstattung der Schulen mit Computern wenig gebessert hat. *Von Rainer Pörtner*

Der oft beschworene Digitalisierungsschub durch Corona hat die Schulen in Baden-Württemberg bisher nur begrenzt erreicht: Zwei Drittel

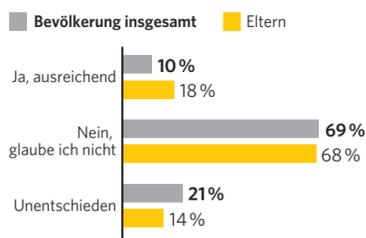
der Eltern haben den Eindruck, dass sich die Ausstattung der Schulen mit Computern und anderen digitalen Medien in den letzten Monaten nicht verbessert hat. Das ist das Ergebnis des BaWü-Checks, einer Umfrage im Auftrag der Tageszeitungen in Baden-Württemberg, die vom Institut für Demoskopie Allensbach zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf das Bildungssystem durchgeführt wurde.



Mit dem Schulschließungen im Frühjahr haben die baden-württembergischen Väter und Mütter praktische Erfahrungen mit dem Homeschooling ihrer Kinder gemacht. Ein Problem war dabei offensichtlich die schlechte digitale Ausstattung der Schulen. Während die Eltern ihre eigenen Haushalte überwiegend gut mit Compu-

DIGITALKOMPETENZ DER LEHRER

„Glauben Sie, dass Lehrer für den digitalen Unterricht ausreichend ausgebildet und geschult sind?“



Datenbasis: Befragte ab 18 Jahre in Baden-Württemberg
Grafik: Lange Quelle: IfD-Allensbach

tern ausgestattet sehen, beobachten sie große Defizite bei den Schulen: 37 Prozent bewerten die Ausstattung der Schule der eigenen Kinder als eher schlecht, 21 Prozent als sehr schlecht.

- Eisenmann in der Corona-Falle **SEITE 3**
- Alle Ergebnisse der Umfrage **SEITE 4**

Protektion oder Prävention



Die Corona-Beschlüsse sind begründbar und verursachen doch einiges Unbehagen. *Von Norbert Walleit*

Anfang dieser Woche gab es annähernd 1500 Corona-Patienten in klinischer Intensivbetreuung. Die Zahlen verdoppeln sich derzeit etwa alle zehn Tage. Im Dezember wäre also die Zahl von 24000 Corona-Patienten erreicht, die intensivmedizinisch versorgt werden müssten. Insgesamt gibt es in Deutschland 28000 Intensivbetten – für alle Patienten wohl gemerkt, nicht nur für Corona-Erkrankte. Die sind derzeit zu drei Vierteln belegt. Diese Zahlen machen den ohne jeden Zweifel bestehenden Handlungsbedarf sichtbar.

Bundesregierung und Ministerpräsidenten haben dem nun Rechnung getragen und sehr einschneidende Maßnahmen erlassen. Sie bedeuten zwar entgegen landläufigem und fahrlässigem Wortgebrauch keinen „Lockdown“. Den hatte es auch im März nicht gegeben. Niemand wurde und wird nun dazu verdammt, sein Haus nicht mehr zu verlassen. Dennoch sind die Maßnahmen einschneidend: Grundrechte wie Reise-, Versammlungs- oder Gewerbefreiheit gelten nur noch mit teilweise starken Restriktionen. Die Maßnahmen sind angesichts der Gefahrenlage gut begründbar.

Und doch: Die Beschlüsse verursachen unguete Gefühle. Die stammen zum Teil aus dem Unbehagen darüber, dass die weitreichenden Beschlüsse in einem seltsamen Schattengremium zustande kommen, das es rechtlich so eigentlich gar nicht gibt. Einschränkungen der Grundrechte müssen im Parlament verhandelt, diskutiert und nicht nur nachvollzogen werden. In der Krisenzeit hat sich aber mit der Runde aus Kanzlerin und Landeschefs ein Kreis etabliert, der de facto Kompetenzen an sich gezogen hat, ohne dass darüber eine breite öffentliche Debatte geführt wird. Das ist nicht gut. Überhaupt geht in der Corona-Zeit zu viel am Parlament vorbei. Es ist unstrittig, dass der Gesundheitsminister bei organisatorischen Fragen zügig reagieren muss, ohne jede einzelne Maßnahme durch die Mühle von Ausschuss und parlamentarischer Lesung zu drehen. Wenn es aber um Fragen geht, die das gesellschaftliche Miteinander fundamental betreffen, darf sich das Parlament nie und nimmer das Heft des Handelns aus der Hand nehmen lassen.

Unbehagen speist sich aber auch aus einer anderen Quelle. Was ist denn, wenn die neuerlichen Einschränkungen das Ziel verfehlen? Sollen dann die Maßnahmen viele weitere Wochen gelten, vielleicht noch härter und dann mit einem tatsächlichen Lockdown? Wie lange lässt sich in einem demokratischen Gemeinwesen das Demonstrationsrecht de facto suspendieren? Wie lange hält die Wirtschaft das aus, wie lange die noch gut gefüllten Staatskassen? Und wie lange halten die Schwachen in der Gesellschaft das alles aus, die sich keinen Freiraum durch Garten und Grundstück leisten können?

Diese Fragen sind so unabweisbar, dass die Suche nach alternativen Strategien unumgänglich ist. Noch gilt, dass sich die Mehrheit der Gesellschaft stark einschränken muss, um vor allem alte Menschen und solche mit Vorerkrankungen zu schützen. Es ist kein fernliegender Gedanke, danach zu fragen, ob die Gefährdeten selbst nicht gezielt besser geschützt werden können. Was spricht dagegen, ihnen beste Schutzmasken kostenlos zur Verfügung zu stellen? Es entspricht dem Grundsatz der Subsidiarität, dass Gefährdete zunächst selbst alles tun, um sich zu schützen, bevor der Schutz durch die Allgemeinheit in Anspruch genommen wird. Langfristig werden sich die Jüngeren und Stärkeren einem gewissen Risiko stellen müssen, während sich staatliches Handeln auf die konzentriert, die wirklich bedroht sind. Protektion vor Prävention. Das kann eine Devise sein. Darüber muss öffentlich debattiert werden. Sonst bleibt nur das Prinzip Hoffnung auf den Impfstoff.